

Nebroner Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wlth. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köthen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 50 mm breite Millimeterzeile im Restmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 118

Sonnabend, den 4. Oktober 1930

43. Jahrgang

Die Fertigstellung des Reichshaushalts

Berlin, 2. Oktober.
Die sachlichen Arbeiten zur Fertigstellung des Reichshaushalts sind so weit fortgeschritten, daß damit gerechnet werden kann, den Etat für 1930 in etwa vierzehn Tagen vom Reichskabinett verabschieden zu lassen. Der Reichshaushalt wird dann sofort dem Reichstag zugestellt werden, der für seine Beratungen etwa vier Wochen Zeit braucht. Infolgedessen ist anzunehmen, daß der Etat in der zweiten Novemberhälfte dem Reichstag vorliegen wird. In Verbindung mit dem Reichshaushalt stehen rund ein Dutzend Gesetzentwürfe, die durch das Finanzprogramm der Reichsregierung notwendig werden.

Davon müssen einzelne Gesetze ganz neu aufgestellt werden, wie das Gesetz über den Ausgabenfond und über die verstärkten Haushaltskontrollen bei Städten und Gemeinden. Andere Gesetzentwürfe stellen Veränderungen bestehender Gesetze dar, u. a. eine Veränderung des Beamtenbesoldungsgesetzes, das Gesetz über die Vermögens- und Einkommensbesteuerung. Weiter ist notwendig eine Veränderung des Umfahlergesetzes. Das Steuererleichterungsgesetz liegt ja bereits dem Reichstage vor. Notwendige Änderungswünsche der Regierung können während der Beratung selbst berücksichtigt werden.

In politischen Kreisen wird noch erörtert, ob die Regierung im Reichstag eine Zusatzfrage und Beratung über die Notverordnung einbringen wird. Es ist zwar von der Regierungsteilnahme eindeutig erklärt worden, daß eine Veränderung der Notverordnung nicht in Frage kommt, doch ist es immerhin möglich, daß einzelne Schönheitsfehler beseitigt werden können. Sedenfalls scheint in Regierungskreisen die Meinung zu bestehen, eine Beratung der Notverordnungen im Reichstag zuzulassen, wenn die Gewähr vorhanden ist, daß sich für die Umwandlungen der Notverordnungen in Gesetz eine Mehrheit findet.

Die Reformpläne der Reichsregierung

Eine Randspalte Dr. Dietrichs.
Berlin, 3. Oktober.
Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sprach im Rundfunk über den Wirtschaft- und Finanzplan. Dr. Dietrich wandte sich zunächst gegen den Vorwurf, daß die Reichsregierung zu lange mit der Herausgabe ihrer Pläne gesögert habe.

Die Ausgaben des Haushaltes für 1931 seien um eine Milliarde gestiegen.

Es wird mit einer Steigerung der Arbeitslosenquote gerechnet, deren Höhepunkt im Februar mit 2,6 Millionen Hauptunterstützungspängern erreicht werden könnte, während die Krisenunterstützung dann bereits 800 000 Köpfe umfassen würde.

Der Plan sei aufgestellt in der Annahme, daß die gegenwärtige Wirtschaftsbepression aus das ganze Frühjahr 1931 hindurch, also bis 31. April 1932, anhalten werde. Auf dieser Annahme seien auch die Steuererleichterungen aufgebaut.

Die grundlegende Idee des Planes der Regierung gehe davon aus, daß eine Minderung der Arbeitslosigkeit nur durch Belebung der Wirtschaft möglich sei.

Ein besonders wichtiges und interessantes Kapitel sei die Frage der Vereinfachung des Steuerwesens.

Die Einkommensteuer erhalte eine Einheitssteuer anstelle der Einkommen-, Vermögens- und Grundvermögensteuern; die Kleinverdienenden zahlen eine nach Klassen abgestufte Einheitssteuer. Die kleineren Vermögen bis 20 000 Mark würden fünfjährig vermögenssteuerfrei und damit die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen, die zurzeit 1 708 000 sei, auf die Hälfte, nämlich 354 000, reduziert.

Zur Neuordnung der Wohnungswirtschaft

wurde der Anstoß dadurch gegeben, daß sich in steigendem Maße herausstellte, daß die neuen Drei- und Vierzimmerwohnungen schwer zu vermieten sind und daß es darauf ankomme, Zwei- und Einzimmerwohnungen zu bauen. Es sei vorgezogen, den öffentlichen Wohnungsbau in steigendem Maße durch den privaten zu ersetzen.

Zum Schluß seiner Ausführungen sprach der Minister über die Ursachen, die den Zusammenbruch aller Preise der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte bewirkten. Hierzu müsse nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch die Ausgabenpolitik von Reich, Ländern und Gemeinden eingestuft werden.

Wir seien in den vergangenen Jahren gestäubt worden durch den Zustrom ausländischen Kapitals auf dem Anleihe- und Aktienmarkt und hätten über unsere Verhältnisse gelebt, das deutsche Volk habe in den vergangenen 16 Jahren aber so unerschöpflich geleistet, daß man ihm zuzurechnen dürfe, es werde auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden. Zeit und Mittel seien vorhanden. Die Regierung habe den Weg gezeigt. Es sei am besten, diesen Weg zu gehen.

B. V. D. fordert Kampf gegen den Reichstag.

München, 3. Oktober.

Zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung äußert sich in einer parteipolitischen Ausfussung die Bayerische

Wolfspartei entsprechend dahin, daß es angesichts der kritischen Gesamtlage in Deutschland geradezu als eine vaterländische Pflicht der Reichsregierung bezeichnet werden müsse, als eine handelnde Regierung auf ihrem Posten auszuhalten und den Kampf mit dem Parlament aufzunehmen. Für die Bayerische Volkspartei könne es keine andere Entscheidung geben, als hinter die Regierung Berlin zu treten.

Brünnings Verhandlungen.

Die Zusage Preußens.
Berlin, 2. Oktober.

Zu dem Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten verlautet von unterrichteter Seite, daß der Reichspräsident nach dem Vortrag Dr. Brünnings die Absichten des Reichskanzlers in vollem Umfang gebilligt hat. Sicherem Vernehmen nach hat auch Dr. Brüning sich in seinem Vortrag nicht nur darauf beschränkt, die Grundzüge des Wirtschafts- und Finanzplanes zu entwickeln, sondern er hat auch seine politischen Absichten zur Verwirklichung dieses Programms dargelegt.

Die Unterzusage zwischen dem Reichskanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten hat die gleichen Quellen nach ergeben, daß der preussische Ministerpräsident Dr. Brüning die Unterzusage der preussischen Staatsregierung im Reichsrat bei der Behandlung der einzelnen Belegenwürde zugestimmt hat. Nachdem der preussische Finanzminister Dr. Schöler-Beloff kürzlich an den Beratungen des Reichskabinetts teilgenommen hat, ohne daß er zu dem Gesamtplan Einwendungen erhoben hätte, rechnet man in der Reichsanzlei mit der Unterzusage Preußens.

Ueber die weitere Behandlung des Gesamtplanes sind noch keine näheren Dispositionen getroffen worden. Eine Sitzung des Reichskabinetts, die am Mittwoch hätte stattfinden sollen, um die parlamentarischen Erfolgsaussichten zu überprüfen, ist nicht einberufen worden. Man nimmt an, daß der Kanzler im Laufe der nächsten Tage Verhandlungen mit den Führern aller in Betracht kommenden Parteien aufnehmen wird. Eine Unterredung, die er mit den Vertretern der Sozialdemokratie, Hermann Müller-Franken und Wels, gehabt hat, ist durchaus offizieller Natur gewesen und hat lediglich zur Unterredung der beiden sozialdemokratischen Führer gedient. Der erste offizielle Empfang der SPD-Vertreter ist für Donnerstag vorgesehen. Von dem Nationalsozialisten sollen für die Verhandlungen mit dem Reichskanzler angelehnt der hitlerjugendliche Finanzminister Dr. Frick und Rechtsanwalt Dr. Frank aussersehen worden sein.

Parteiführer beim Kanzler.

Brünnings Besprechungen werden fortgesetzt.
Berlin, 3. Oktober.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing vorgestern als Vertreter der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes Reichsminister Dr. Bredt und Reichstagsabgeordneten Drenth. Dem folgte eine Unterredung mit den Vorhändigen der Sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneten Wels und Müller.

Anschließend daran empfing der Reichskanzler im Beisein des Reichsministers die Sozialdemokraten Graf Westarp und von Einbecker-Wildau. Alle diese Besprechungen dienen der näheren Unterredung über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung und der Aussprache über die politische Lage. Es folgten der Empfang von Vertretern der Landvolkpartei und der Deutschen Staatspartei. Eine Besprechung mit den Vorhändigen der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz, der verhindert war, findet erst später statt.

Welches des Regierungsprogramms

Allgemein anerkennende Aufnahme.
In Paris:

Das Finanzprogramm der Regierung Brüning findet in der Pariser Presse nur sehr vereinzelt Beachtung. Obgleich seit Dienstagabend in Paris bekannt, hatten die Mittwoch-Abendblätter noch keinerlei Stellung dazu genommen, und auch die Donnerstag-Grüßungen widmen ihm nur wenige Zeilen.

In denen sie jedoch weniger den Wert des Programms schätzten, als die Anstrengung Berlins, der katastrophalen Finanzlage des Reiches gerecht zu werden, ihre Anerkennung zollen.

Das „Journal“ betont, man sei zu der Feststellung gezwungen, daß Brüning beängstigte Anstrengungen mache, um Ordnung in die Finanzen zu bringen und daß er hierzu das einzig mögliche Mittel anwende, nämlich Einschränkung der Ausgaben. Der Sonderkorrespondent des Blattes weist im übrigen darauf hin, daß Reichskanzlerpräsident Dr. Luther demnach nach Paris teilt werde, um erstens mit dem neuen Präsidenten der Bank von Frankreich zusammenzutreffen, zum anderen aber auch, um mit einem Pariser Bankentontorium die Möglichkeit einer Anleihe zu betreiben, die in Höhe von 1,2 Milliarden Mark zu fast gleichen Teilen in Neuparis, London und Paris aufgenommen werden soll. Der „Reit Parisien“ spricht von einer verzeihlichen Energie, mit der der Reichskanzler die Finanzlage bessern werde, weil die Notwendigkeit ihn dazu

zwinge und weil Deutschland neue Anleihen benötige. Das Blatt fügt ironisch hinzu, daß in Deutschland alles fertig mit einer Anleihe ende. Der „Matin“ unterstreicht, das neue Programm stelle ein Ganzes dar. Es sei unmöglich, irgendwelche Veränderungen daran vorzunehmen, ohne Gefahr zu laufen, daß es zusammenbräche. Das Blatt fügt hinzu, daß es für die augenblicklich in der Regierung vertretenen Parteien gefährlich wäre, wenn sie sich in die Opposition stellen und Veränderungen verlangen.

In London:

Die „Times“ ist der Ansicht, daß die neuen Vorschläge im großen und ganzen beträchtlich eine verständliche und ermutigende Grundlage für die kommenden politischen Verhandlungen bilden.

In Neuparis:

Das Reformprogramm der Reichsregierung wird hier stark erörtert. „Le Petit Parisien“ ist der Auffassung, daß die Sozialdemokraten im Interesse einer Erhaltung der Republik große Zugeständnisse machen müßten. Die Gerüchte über eine bevorstehende Diktatur in Deutschland seien wohl übertrieben, da die Parteiführer nur Nachgeben gezwungen werden dürften. Schließlich komme eine Beurteilung des Reichstages auf unbestimmte Zeit, der Sündenberg selbst seine Zustimmung gegeben habe, einem Staatsstreich gleich.

Der Ueberbrückungskredit.

Falsche Angaben über seine Höhe.
Berlin, 3. Oktober.

Die in der Presse des In- und besonders auch des Auslandes umlaufenden Nachrichten, die den geplanten Ueberbrückungskredit auf 1200 Millionen beziffern, beruhen auf völlig unrichtiger Auffassung der tatsächlichen Verhältnisse.

Anschließend geben die Nachrichten auf die Mittelungen des Reichsfinanzministers über die Höhe der künftigen Schuld am Ende dieses Jahres keine richtige Vorstellung. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich bezifferte diese künftige Schuld auf 1200 Millionen, in der auch eine Anleihe von mehreren hundert Millionen enthalten sei. Die Gesamtsumme von 1200 Millionen soll, wie bereits mitgeteilt, in drei Tranchen von je 400 Millionen im Laufe von drei Jahren getilgt werden.

Die neue Regierung in Braunschweig.

Dr. Küdenhal und Dr. Franke von Landtag gewählt.
Braunschweig, 2. Oktober.

In der Sitzung des braunschweigischen Landtags wurden für den Kandidaten der bürgerlichen Einheitsliste, Oberregierungsrat Dr. Küdenhal, und für den Kandidaten der Nationalsozialisten, Amtsgerichtsrat Dr. Franke, je zwanzig Stimmen abgegeben.

Für den Kandidaten der Sozialdemokraten, den bisherigen Staatsminister Dr. Salzer, stimmten nur seine hiesigen Parteifreunde. Die Kommunisten und der Vertreter der Staatspartei enthielten sich der Stimme. Dr. Küdenhal und Dr. Franke sind somit zu Staatsministern gewählt worden.

Ende der Reichsvertretung in München

Folgt Preußen dem Beispiel des Reiches?
Berlin, 2. Oktober.

Die Not der Zeit hat endlich dazu geführt, mit einer Behörde aufzuräumen, die seit langem vollständig überflüssig ist. Es handelt sich um die Vertretung der Reichsregierung in München, um eine Behörde, die von der Reichsanzlei resorziert. Der gegenwärtige Vertreter der Reichsregierung in München ist der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Freisler von Hanel.

Obwohl überflüssig wird die Vertretung der Reichsregierung in München durch die Vertretung in der bayrischen Hauptstadt, und es kaum angenommen werden, daß auch die preussische Vertretung in absehbarer Zeit aufgehoben wird, zumal sich auch im preussischen Landtag für einen dahingehenden Antrag ebenso eine Mehrheit gefunden hat wie für den Antrag im Reichstag, die Reichsregierungsstelle in München aufzuheben.

Das österreichische Kabinet.

Wien, 2. Oktober.

Tauglich hat nach der endgültigen Abgabe der großdeutschen Reichsparzellierung folgendes Kabinet gebildet: Tauglich in Bundeskanzler und Minister für Österreich, Schmitz, früherer Unterrichtsminister, jetzt Reichsminister, Seipel Außenminister, Stachemmer Innenminister, Dr. Hueber, Notar in Salzburg, Justizminister (der zweite Vertreter der Heimwehr), Heintl, früher Handelsminister, jetzt wieder Handelsminister, Juch, bisheriger Finanzminister, wieder Finanzminister, Szeirma, früher Unterrichtsminister, wieder Unterrichtsminister, Zehaler, früher Land- und Forstwirtschaftsminister, wieder Landwirtschaftsminister.

Das Kabinet ist ein Minderheitenkabinet. Sämtliche Minister gehören der Christlich-Sozialen Partei an bis auf

die beiden Mitglieder der Heimwehr und den Beamtensminister
der Juch.
Der Nationalrat soll sofort aufgelöst werden und die
Neuwahlen am 9. November stattfinden.

Mussolini über den Wiederaufstieg.

Die Wirtschaftskrise in Italien.

Rom, 3. Oktober.

Mussolini eröffnete die erste Tagung des im April er-
legenen Nationalrats der Korporationen, den man als
Wirtschaftsrat Italiens bezeichnen kann. Er betonte, daß
die Industrial-Korporation Aufbau der Grundstein des wirtschaftlichen
Staates sei. Dann gab er einen Überblick über die Wirt-
schaftslage, die sich in der ganzen Welt, auch in Italien,
erheblich verschlechtert habe.

In Italien liege die Lage gegenwärtig durch die Zahl der
protestierten Arbeiter, der Bankrotte, durch die Arbeitslosigkeit
und den Rückgang der staatlichen Einnahmen charakteri-
siert. Die Regierung tue dagegen ihr Möglichstes, Man
solle aber nicht Wunder erwarten. Selbst Hoover, der mäch-
tigste Mann der Welt im reichsten Lande der Erde, habe
Wunder nicht fertig gebracht.

Auf die Frage nach der Krisenbauer sagte Mussolini,
wenn keine unvorhergesehenen Ereignisse wie ein Krieg ein-
treten, und Italien ist alles, um einen Krieg zu vermeiden,
wenn die Entwicklung nicht durch fremde Elemente gestört
wird, so manövriert man bereits dem Vorgehen entgegen. Da
weder die Weltwirtschaft noch die Menschheit untergehen
könne, werde der Aufstieg sich verwirklichen. Die Zeitspanne
des Wiederaufstieges werde nicht länger sein als drei Jahre. Die
schicksalvolle Herrschaft werde aber auch diese Zeit über-
winden.

Aus dem In- und Auslande.

Belgischer Minister in Danzig.

Danzig, 3. Oktober. Der belgische Landwirtschaftsminister
Rocqz wollte in Danzig als Gast des polnischen diplomatischen
Vertreters, Minister Straubinger. Der belgische Minister habe
vorher Göttingen einen Besuch abgestattet und sich denn nach
Danzig begeben. Soweit bekannt ist, hat der Minister, der nicht
als Privatmann reist, es nicht für nötig befunden, dem Danziger
Senat als der Regierung der Freien Stadt Danzig seinen Be-
such zu melden oder seine Ankunft anzukündigen.

Frankreich — der alte Adam.

London, 3. Oktober. Nachdem man in einer Rundfunk-
rede über die Bedeutung der Weltreisefreiheit erneut auf die
Wirtschaftsfrage zu sprechen und erklärte, England und das
Weltreich seien zu ihrer Unabhängigkeit, daß der alte Adam,
der unter dem Mantel der nationalen Sicherheit kriegerisch unvor-
nehmlich mache, noch immer lebendig liege.

Rückkehr des früheren Königs von Griechenland?

London, 3. Oktober. Der frühere König Georg von Grie-
chenland ist plötzlich wieder von der Öffentlichkeit getrennt, um
Ansprüche an den Thron geltend zu machen. In einer Mit-
teilung an die Presse erklärte er, er sei stets davon überzeu-
get, daß das griechische Volk ihn früher oder später nach
Athen zurückrufen werde. Seine Rückkehr nach Griechenland
bedeute keineswegs, daß er einer einzelnen politischen Partei
den Vorschlag gebe. Er werde wieder Belgien nach Siegen
kommen. Seine Pflicht als König liege es, die nationale Einig-
keit herbeizuführen.

Kleine politische Meldungen.

Der österreichische Nationalrat aufgelöst. Bundespräsident
Michler hat gemäß dem Beschluß des Ministerrats den Natio-
nalsrat aufgelöst. Für die Neuwahlen ist der 9. November in
Aussicht genommen.

Die Regierung von Ecuador zurückgetreten. Wie in Buenos
Aires schließlich verurteilt, ist die Regierung von Ecuador
zurückgetreten.

Ein belgischer landwirtschaftlicher Verband. Durch den belgi-
schen Landwirtschaftsminister wurde die Errichtung eines landwirt-
schaftlichen Rates, dem die Aufgabe zufällt, alle Möglichkeiten zur
Verbesserung von Samen und Jungvieh zu erörtern, um der
Wirtschaftskrise abzuwehren.

Wahlkampf in Griechenland. In Athen wurde die Stimmung
die englische Flotte hermitzuziehen. In ihre Stellung tritt die
griechische Flotte. Soweit ist die militärische Stellung dieses
Staates durch England beendet.

Reichspräsident von Hindenburg zum 83. Geburtstag.
2. Oktober.

Denker Du in Wort und Tat —
Denker der erwogenen Tat
Du im Frieden wie im Feld
Vaterlandes Sohn und Held!
Sieh, es naht sich Dir zu Füßen
Alte und jungen Volksherrschar —
Heut will dich dein Deutschland grüßen,
Das da ist und das da war!
Das ein Bild Dir sei gegeben,
Greifbar wie's die Kunst verleiht:
„Es gehört dein großes Leben
Aller Zeit, nicht — einer Zeit!“
Wilmann Baden.

In aller Stille weilt das politische Zentrum des Reichs,
legte am Donnerstag unser alderchtester Reichspräsident von
Hindenburg seinen 83. Geburtstag. Trotz aller Parteienworte
in Vaterland ist das deutsche Volk in einem Punkte sich einig, in der
Liebe und Verehrung zu seinem Reichspräsidenten, dem getreuen
Beschützer des deutschen Vaterlandes und dem deutschen Einheits-
Wage es ihm vergönnt sein mag die Zeit mitzutreten, in der wir
uns zugunsten in der Lage sein werden: „Alle Not hat ein Ende!“

Aus der Umgegend

Rebra, 4. Oktober.

— **Öffentliche Stadtvorordneten-Versammlung.**
Rebra, den 30. Sept. Der Vorsteher gab Kenntnis von folgenden
Punkten: Vom 17. bis 19. Juni fand eine außerordentliche Prüfung
der Stadtparke und vom 5. bis 9. August eine solche der Stadt-
feste statt. Die Kosten wurden in Ordnung gefunden. Es wurden
einige Anträge gemacht. Auch in der öffentlichen Prüfung selber
Rufen am 1. September wurden Verhandlungen nicht gemacht.
Die städtischen Beamten trachten einen Betrag von 725,65 RM.
im Etat waren dafür 1100 RM. angelegt. Die Erhebung der
Schulden betrug 440,50 RM. Nach. Im Voranschlag stehen
dafür 700 RM. Bei beiden Summen ist also ein Überschlag ent-
standen. Die Pfästung der Großmangener Straße kostete

58913,58 RM., davon trägt der Kreis einen erheblichen Teil.
Durch die Finanzungleichmäßigkeiten des Reiches konnte die
Stadt einen kleinen Überschlag erzielen, der zum größten Teil für
die Wohlfahrtspflege bereitgestellt wird. Trotzdem wird schädigungs-
weise in diesem Titel ein Selbstbetrag von 4000 RM. entstehen.
Diese Summe muss im Vorlauf durch die Kreis- und die Bürger-
steuer aufgebracht werden. Von der Einführung der letztgenannten
Steuern wird vorläufig noch abgesehen. Nach Fertigstellung
des Mehrjähriger Planes möchte sich der Bau einer Brücke am
Dütschen Grundstück möglich machen. Die Arbeiten sind bereits ausgeführt
worden. Die Baukosten des Baus haben die im Voranschlag er-
rechnete Summe beträchtlich übersteigen. Im Wasserwerk sind auf
Anregung der Landratsversammlung verschiedene Instandsetzungs-
arbeiten zur Ausführung gekommen. Danach beschloß die Ver-
sammlung, verschiedene städtische Arbeiten zu einem billigeren Zins-
fuß unterzubringen. Sie genehmigte auch die Inanspruchnahme
eines größeren städtischen Betriebsgebietes bei der Stadtparke.
Zur Ausführung von Instandsetzungsarbeiten im Rathaus wurden
die erforderlichen Mittel in Höhe von 928 RM. einstimig be-
willigt. Im Stadtmuseum wurden nur die nötigen kleinen Be-
arbeitungen ausgeführt. Der Wapp des Rathes und die Erhaltung
einer Hofmauer werden bis zum Frühjahr zur Ausführung kommen.
Die Umplanung beim Ausbau der Wasserleitung wird bei 2 Ent-
haltungen mit 6 gegen 4 Stimmen genehmigt und Kleinreparatur
hoffentlich zum Herbst 1930 übergeben. In den städtischen
Schulplantagen wurden Nachpflanzungen vorgenommen. Der Neu-
bepflanzungen der Südseite des Friedhofes wird zugestimmt, doch
ist vom Magistrat noch zu erörtern, ob es ratsam ist, anstatt der
vorgesehenen Eschfichten Saureichfichten oder Platanen anzupflanzen.
Auf Anfrage Jand, warum seinem Dienstleistungsbeitrag auf Protest-
kundgebung der Versammlung in besonderer Sitzung gegen die Vor-
verordnung der arbeitsfähigen Bevölkerung nicht gefolgt
wäre, antwortet der Vorsteher, daß die Versammlung dazu nicht
zuständig ist. Eindeut. Scherbel fragt an, ob die Arbeiterunter-
stützung nach der Genehmigung eines Voranschlags durch die
Stadt rechnen kann. Vorsteher und Beiratsmitglieder erklären, daß
keine Entscheidung getroffen werden konnte. Stadt. Jand fragt noch
an, wo die Polizei steht, als die Nazi-Ströme am Sonntag vor
der Stadt Mehrere Arbeiter fingen, daß sie sich in ärztliche Behandlung
geben müssen. Der Bürgermeister erklärt, die Polizei kann nicht
liberal sein, zumal nur ein Beamter vorhanden ist, und wenn die
Nationalsozialisten nicht bestraft werden würden, konnte es nicht zu
solchen Zwischenfällen kommen. Der Antrag Jand, die geschlossene
Sitzung öffentlich zu verhandeln, wurde vom Vorsteher abgelehnt.

— **Kirchliche.** Es wird noch einmal darauf hingewiesen,
daß auch am Gottesdienst der Gottesdienst am 11./10. Uhr der
Kriegsgottesdienst am 11./10. Uhr beginnt.

— **Erntedankfest-Vorlesung.** Zur Abhilfe dringender
finanzieller Notstände wird am Erntedankfest eine Kirchenkollekte und
im Anschluß daran eine Hauskollekte eingeplant. Es handelt
sich gerade bei dieser Sammlung um eine sehr wichtige Sache.
Inebald gibt es keine Gemeinderäte, die sich in besonderen Schwierig-
keiten befinden und deshalb von der Gemeindefürsorge unterstützt werden
müssen. Hingewiesen sei auf die Diakonie, auf Großstädte und
Jugendkinderheim, aber eben auf häusliche Verhältnisse in der
Kleinstadt und auf dem Lande. Das kirchliche Amtsbüro der
Kirchenprovinz Sachsen vertritt ein warmes Interesse für
die Kollekte.

— **Stadt-Vorlesung.** Am Sonntag kommt der beliebte
Berliner Volksmorsch und Schriftsteller Heinrich Jule nach
Rebra. Er wird allen Minnebüchern mit seinem besten Film:
„Mutter Strauss führt ein Glück“ das große Leben lehren. —
Im zweiten Teil zeigt eine der vielbesprochenen Comedys seine
verwegenen Weltanschauung.

— **Ermittelet.** Die Urheber des in voriger Nummer be-
richteten Vorfalles mit der Eisenbahnstrecke zwischen Rebra und
Großmangener sind bereits ermittelt. Zunächst ist festgestellt, daß es
sich nicht um ein beschuldigtes Attentat gegen einen Eisenbahngang-
sleiter, sondern um einen übernatürlichen Jugendbrennstoff handelt, der
nicht durch einen langwierigen Prozeß, sondern viel besser durch eine
zügliche Abklärung der Sache werden sollte. Einige junge Leute aus
Rebra, die von der Kleinmangener Kirche nachhause gingen, wollten
nach „eine große Tat“ vollbringen und dabei ihre Jugendkraft
nennen, indem sie in einen der in dem alten Steinbruch liegenden
Mühlsteine den Berg jehobabursten sich bemächtigten. Ihre Mühe
war nicht vergebens, jedoch mit einem ganz anderen Erfolg als sie
beabsichtigt hatten, denn jener schwere Mühlstein, überdrüssig des
langen wackeligen Herumliegens, bekam plötzlich Fühler und eigene
Kraft, er rollte erst, dann aber rasch in die wahrste Linie des Wortes
nach einem Aufstoß auf ein Hindernis in dem hohen Bogen über
die Straße, überquerte den hohen Pfahl des ehemaligen Straßen-
geländers, durchschlug sich durch die Leitung des Bahnhofsgerätes
und legte sich dann mit einem großen Knack auf den Bahnkörper.
Das alles hatte sich in wenigen Augenblicken abgewickelt, die kurze
Zeit aber hatte genügt, den vorher so kräftigen Burschen die Jugend-
kraft zu lähmen, denn sie hätten gern den Stein noch einmal weiter-
bewegt, aber jetzt schafften sie es nicht mehr, alle Bemühungen waren
vergeblich, Mitleid haben sie an, was sich ereignet, Angst und Furcht
nahm ihnen die Überlegung und so schickten sie nachhause und
verrietten sich selbst am anderen Tag durch ihre Schen und Unglück-
lichkeit. Und nun kommt schließlich das „bitter Ende“! Ja, ja,
„Die Steine, ach so schwer sie sind, die Steine...“ und wo blieb
der Altmarschall? Schief er schon? Wie schön wäre es doch,
wenn wir nicht doch ganz interessanten Vorgang in den Stadt-
spielen miteilen könnten.

— **Einmündige im Steinmetzberuf.** In der Zeit vom
12. bis 16. Oktober plant der Bezirksausschuß für Jugendpflege
unter der Leitung von Richard Döhl und Gerhard Lehmer (Halle
a. S.) eine Einmündige im Jugendheim Steinmetzberuf in Naumburg
a. S. abzuhalten. Es werden folgende Arbeitsgebiete im Rahmen
dieser Woche zur Behandlung kommen: Gorgefang, Instrumental-
spiel, rhythmische Gymnastik, Stimmbildung und Organ (Anleitung
zum Musikvorlesen). Da im Interesse einer wirklich fruchtbareren
Arbeit nur ein beschränkter Teilnehmerkreis zugelassen werden kann,
sind Anmeldungen schon möglichst bald an den Bezirksausschuß für
Jugendpflege in Merseburg, Regierung, zu richten.

— **Bücherei.** Am Anstoß des Erntedankfestes wird am
morgigen Sonntag von nachmittags 3 Uhr an im Wirtschaftshaus
Sagane ein Ball stattfinden. Selbstverständlich wird bei dieser Ge-
legenheit die immer für Gutsäckchen vorbereitete Kasse den Helf-
nehmern aus beste aufmachen.

— **Rathaus.** (Fortsetzung) Am Sonntag stattete
der Rathhaus-Vorstand eine Sitzung unter Führung des Gemein-
rats D. Dr. S. Bierke den berühmten historischen Säulen des
Hauptstrasses einen Besuch ab. Zunächst wurde die Rute Wendels

heim befragt, die, auf einem über die Luftstrahl anliegenden Gips-
stein liegend, weit in das Tal hineinragt. Von Unterföhr
interferierte besonders der große Kamin und die Loge. Rathhaus,
der ehemalige Wirtshaus. Das Oberholz mit Korbhaus, Küche
und den ehemaligen Bräuhäusern läßt noch heute erkennen, daß
die Burg „ein ein festsitzender Giebel“ war. Jeder macht die
ganz Aline einen festsitzenden Giebel, weil über Rint, jeder über,
aber freie Platz vollkommen verschmalt ist. Es wäre wünschens-
wert, daß hier die Abhilfe geschaffen wird. Der nächste Besuch galt
Mehlenen, das Reich einer ehemaligen Kaiserpfalz und eine
prächtige Klosterkirche birgt. Besonders die letztere wurde mit großem
Interesse befragt, auch unter freudiger Führung des Gärtners
in die wohlerhaltene Kapilla hinabgeführt. Im Gegenzug zum
Wendelsheim bietet die Restaurierung mit dem darin und darum be-
findlichen wohlgepflegten gärtnerischen Anlagen und laubenden Wä-
schen einen erfrischenden Anblick. Auf Wenden folgte Wiehe, dessen
großer Giebel der auch für unsere Zeit noch bedeutende Geschichts-
wörter Zeitschrift von Mantz ist. In lebenswunderlicher Weise zeigte
der Bürgermeister der Stadt den Besuchen das Rant-Wirtshaus
und sprach über die Restaurierung, der 3. bis das Museum genannt
hat, in warmen Worten den Dank aus und auch die Versicherung,
daß die Stadt auch weiterhin bemüht sein würde, diese Erinnerungs-
stätte zu pflegen und weiter wilder auszugestalten. Eingebend
wurden die wertvollen Handarbeiten Kaiser Wilhelm I., der
Kaiserin Angula, Bismarcks, Molles und anderer großer Zeit-
genossen Rantes sowie die Trauerbüchlein aus dem ganzen
Weich und dem Ausland beim Tode des großen Mannes und all die
anderen Schätze, die das Museum birgt, betrachtet. — Nach einem
guten Mittagessen in Rantes „Hotel zur Taube“ wurde noch dem
Schloß Wiehe mit herrlichem Park und prächtiger Aussicht ein
kurzer Besuch abgestattet, das Rant-Denkmal und Rantes Geburts-
haus kurz befragt. Dann ging es weiter nach Wachsen mit
seiner Restaurierung 1554 gegründeten Klosterkirche, deren 1740 unter
den Händen von Rant das Tal herrschende Erklärung einnimmt.
Es wurde ein Rundgang durch die Altstadt und den dahingehörrigen
Park unternommen unter lebenswunderlicher Führung des Studien-
direktors und einiger Lehrer. In der Altstadt konnten einige
ältere Ansichten über Hofleben und Mehlenen, im Archiv die
Stiftungsurkunde des ehemaligen Klosters, den Papst Innocenz II.
1142 eigenhändig unterschrieben, und die Anmerkungen zum
Kaiser Barbarossa aus dem Jahre 1174 sowie Junge aus
präziserer Zeit u. a. mehr bewundert werden. Damit schloß
der an Einblenden je reiche Tag und die Teilnehmer traten hoch-
befriedigt die Heimreise an.

— **Bekanntes Meisterprüfung.** Am 25. September
befand der Prüfungsausschuß der Bauhandwerkerkammer
in Halle a. S. der Meister Herr Richard Walther in Anwesen-
heit der Prüfung als Meister-Meister. Unten herzlichen Glückwunsch
zum Erfolge!

— **Reinsdorf 6. Oktober.** (Fortsetzung) Beim Landrat
der Gegend Reinsdorf, wurden für den Morgen 600 — 1100 RM.
geboten. — Bei einer Zwangsversteigerung eines starkverfallenen
hatten sich mehrere Käufer eingestellt, so daß der Versteigerungsbeamte
unverzüglich Gade wieder abgeben mußte.

— **Reinsdorf.** Infolge der mit der Inbetriebnahme des Bades
an Schöneberda verbundenen Absenkung des Wasserpiegels der
Luft ist fast sämtliche Brunnen ohne Wasser.

— **Freiburg (Hautz).** Durch die Gründung einer gemein-
schaftlichen Berliner Verkaufsstelle hat die hiesige Volkshilfsstelle,
die sich aus zwei Firmen in Freiburg und einer in Naumburg zusamen-
setzt, einen bemerkenswerten Aufschwung erhalten. Es wurde auf diese
Weise ermöglicht, auch größte Vorteile zu überkommen. Es wurde
den hiesigen Firmen beabsichtigt, der Auftrag für die Werkstän-
den für einen Hochbahnhof am Alexanderplatz in Berlin übertra-
gen.

— **Naumburg.** Vor dem Schöffengericht zu Naumburg fand
vor einigen Tagen u. a. die Hauptverhandlung über den Stadt-
assistenten Rudolf aus Wiehe statt, der der Amtsverweigerung
angeklagt war. Mehrere Zeugen aus Wiehe waren dabei geladen.
Als Sachverständiger war der Revisionsbeamte des Groberbundes
Magdeburg gerufen, der von 1926 bis 1929 die unermuteten
Kaufverträge der Stadtverwaltung vorgenommen hatte. Als ärztlicher
Gutachter wirkte der Kreisarzt, Medizinalrat Dr. Köhler-Naumburg
mit. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Dr. Köhler. Das
Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwaltes entsprechend auf
1 Jahr Gefängnis.

— **Schwarz.** [Zur Lösung der Gemeindefinanzen.] Zur
Lösung der Gemeindefinanzen wird der Gemeindevorstand von Gärten
den Fräulein von Manaco im Felde nachsuchen. Er lobt auf von
im unterzeichneten Aufsatze zu einem Preisfest ein, bei dem der
Reinewinger dem Gemeindevorstand zustellen soll. — Öffentlich hat
der Gemeindevorstand sich diese Idee nicht patentieren lassen, damit
sie etwa nur für seinen Heimatort zur Anwendung kommen kann.

— **Merseburg.** 180 Angestellten des Ammoniatwerkes Mer-
seburg ist die Kündigung zugestimmt worden. In den Sprei-
ben heißt es, daß die betreffenden ins Arbeiterverhältnis
übergeführt und dann weiter dem Werte verbleiben können.
Betroffen sind etwa 60 kaufmännische und 120 technischer An-
gestellten, meist Werksmeister.

— **Merseburg.** Der Verwaltung des Michel-Konzerns be-
schäftigt, ab 1. November den Zeitraum „Michel“ auf etwa
zwei Jahre stillzulegen. Dadurch können etwa 150 bis 200
Mann zur Entlassung. Diese Maßnahme ist nicht, wie die
Verordnung verspricht, eine Folge der allgemeinen Wirt-
schaftslage, sondern es handelt sich um eine Saisonre-
inigung.

— **Halle.** Bürgermeister Fiedig aus Anleben, der
wegen Unregelmäßigkeiten beim Arbeitsamt Geleisen in
Untersuchungshaft genommen wurde, hat sich in seiner Gele
erhört.

— **Halle.** In der Nacht zum Mittwoch wurde Halle erneut
von den von der Gröllwitzer Papierfabrik herrührenden Wä-
schen überzogen. Diesmal drangen die Schwärmer bis in
innere Stadt und traten verheerend infolge des feuchten
Weters so stark auf, daß manche Straßen regelrecht verwe-
belt waren. Erst in den Morgenstunden hatten sich die über-
reichenden Dünne verzogen. Einmünder der Innenstadt, die
bei offenem Fenster schliefen, wurden von den Gasen über-
fallen und die Wächter mit dem abfälligen Geruch er-
füllt. In der Bevölkerung wird erneut mit allem Nachdruck
ein härteres Vorgehen gegen die Gröllwitzer Papierfabrik
zwecks Vermeidung dieses Uebelstandes verlangt.

— **Erfurt.** Im Verwaltungszimmer der Siedlungsge-
sellschaft Tiergarten waren drei städtische Beamte damit be-
schäftigt, von der Siedlungsgeellschaft die Kosten für die
Siedlungsarbeiten einzuziehen. Wie sie gegen 12 Uhr die ver-
haltene Geld nachgäben, drangen plötzlich vier maskierte
Männer ein. Ihrem Anruf: „Hände hoch!“ folgten die Wä-

berfallen nicht, sondern ließen sich kräftig zur Wehr. Er der Räuber verfolgte zwei Beamte durch Reinerthaus, die Beamten waren glücklich wieder nur leichter Natur. Die Räuber flüchteten ohne irgendwas erbeutet zu haben. Das Heberfallkommando und Kriminalbeamte nahmen sofort die Verfolgung auf.

Torgau. [Preispruch anders durch die Berufungsinstanz.] Vor der Strafkammer in Torgau fand am Dienstag die Berufungsverhandlung gegen den Richter i. R. jetzigen Bauhütten der ZSDM. Paul Hiltner aus Freiburg wegen Verleumdung des preussischen Ministerpräsidenten Dr. von Hertefeld durch die Berufungsinstanz in Reich statt. Dr. Hiltner hatte sich als Angeklagter, feierlich den Ministerpräsidenten hatte andere Angeklagter als Verbrecher und Spionen bezeichnet zu haben. Er bestritt die Ausdrücke im Zusammenhang mit dem Namen der betreffenden getraut zu sein. Vom Ministerpräsidenten Hiltner wurde Hiltner zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Die Strafkammer erkannte jetzt auf Aushebung dieses Urteils und Freisprechung des Angeklagten. Wie aus der Urteilsbegründung hervorgeht, hatte das Gericht bedenken, den Aussagen des Hauptbelastigten, des Polizeihauptmannmeisters Jensch, zu folgen, da er bei der jetzigen Verurteilung in seinen Aussagen unklar wurde.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Schlimmer Ausgang einer Bierreise. Ein behaartes Ende fand eine Bierreise, die die beiden Kaufleute Karl Grünberg und Kurt Rüdell gemeinsam unternommen hatten. Nach reichlichem Alkoholgenuss kam es zwischen beiden zu Streitigkeiten, die vor dem Saule Choriner Straße 85 in eine Schlägerei ausarteten. Mit einem Faustschlag brachte Rüdell seinen Gegenüber zu Boden, wo er bestimmungslos liegen blieb. Polizeigewalt schafften den Beurlaubten vor nächsten Unfallstelle, wo nach der Zeit festgestellt werden konnte. Die Polizei bemüht sich, festzustellen, ob der Tod als Folge des Faustschlages anzusehen ist oder durch den Sturz auf das Steinpflaster verursacht worden ist.

Berlin. Mäßliche Schieberei in Steglitz. Zwischen Mondos und Angehörigen eines Vereins „Alte“ kam es am Ende der Schläge, und Mordelstraße in Steglitz aus unbekanntem Anlaß zu Streitigkeiten, die in eine wilde Schlägerei ausarteten. Von einer Seite wurden auch Schiffe abgegeben, die aber glücklicherweise niemand verletzte. Als Polizei erschien, verließen sämtliche Teilnehmer zu entkommen, was die dunklen Nebenstraßen sehr begünstigen. Trotzdem gelang es zwei Juweliergeschäften vorzunehmen. Unter den gefundenen Gegenständen fand sich auch der Hauptteil, der die Schiffe abgegeben haben soll.

Dresden. Eröffnung der neuen Elbrücke in Dresden. Am 1. Oktober nachmittags fand die feierliche Eröffnung der neuen Dresdener Elbrücke statt. Oberbürgermeister Dr. Ing. E. W. Müller übernahm die Worte dem Verkehr und taufte sie auf den Namen „Reichsbrücke“. Die neue Brücke mit ihrer Hauptlänge von 115 Metern ist heute die weitestgespannte Brückenträgerbrücke der Welt.

Osnabrück. 18-jähriger Mörder zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht beurteilte den 1912 zu Osnabrück verurteilten, gelähmten Täter Wilhelm Schirmer wegen Mordes an der 23-jährigen Emma Wiedemann zum Tode. Er hatte sie in den Wald und führte ihr vor, mit ihr Bierflaschen spielen zu wollen. Er legte ihr einen Strich um den Hals und zog die Schlinge zu, worauf das Mädchen stützend zu Boden fiel. Dann hängte er die Waidmutter auf.

Krausau a. M. Für 47 000 M. Brillanten gehalten. Einem Juwelenhändler aus Antwerpen, der sich auf einer Geschäftsreise befindet, wurde auf der Fahrt zwischen Wiesbaden und Frankfurt a. M. im Gehirg seine Brillanten mit Wergold und Brillanten im Werte von 47 000 M. gestohlen. Er hat den Verlust erst bemerkt, als er in einem Zigarrengeschäft Einkäufe tätigte.

100-Jahr-Feier der Berliner Museen.

Der Festakt in der Universitäts.

Berlin, 3. Oktober.

In der Berliner Universitäts wurde die 100-Jahr-Feier der staatlichen Museen, verbunden mit der Einweihung der neuen Bauten auf der Museumsinsel durch einen Festakt besungen. Reichspräsident, Reichserzkanzler, Reichsminister der staatlichen Museen sprach über die Geschichte der Museen, Reichsminister der Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die der preussischen Regierung Kultusminister Grimm. Zu der großen Zahl der Gratulanten gehörten auch Abgeordnete der Landtagsfraktion in Potsdam, der Universitäts Rats, sowie des Reichlichen Museums in London.

Schweres Verkehrsunfall.

Berlin, 3. Oktober. Auf der Kuppeler Gasse ereignete sich in unmittelbarer Nähe von Heiligensee ein schweres Verkehrsunfall. Ein von zwei Personen besetztes Motorrad fuhr mit hoher Fahrgeschwindigkeit auf einen Lastwagen auf. Beide Motorradfahrer wurden in weiten Bogen vom Rad geworfen und erlitten schwere Verletzungen.

Curtius berichtet über Genf.

Berlin, 3. Oktober. Am Sonnabendvormittag findet eine Kabinetsitzung statt, in der der aus Genf zurückgekehrte Außenminister Dr. Curtius einen Bericht über die Konferenz in Genf erstattet. Im Anschluß daran wird der Reichspräsident Dr. Brüning einen Bericht über die politische Lage geben.

Entschädigung gefordert.

Hamburg, 3. Oktober. In einer kürzlich beendeten Verhandlung der Angehörigen des Hamburger Geirerleischhandels wurde in den Auswertungen der neuen Agrarpolitischen Stellung genommen. Es kam zum Ausdruck, daß in den nächsten Tagen Tausende von Angehörigen ihre Stellung verlassen müssen, weil durch die Stilllegung des Geirerleischhandels infolge der neuen Befehle die Grundlage ihrer Existenz vernichtet werde. In einer einstimmig angenommenen Entschädigung wird eine ... zu gewöhnliche angemessene Entschädigung werden.

Tarifloser Zustand.

Hamburg, 3. Oktober. Da der Lohnstreik für die Hamburger Fischhändler Ende September abgelaufen war, hatten vor dem Schlichtungsausschuß Verhandlungen über die Neueinführung des Lohnverhältnisses zwischen den Parteien stattgefunden, die jedoch zu keinem Ergebnis führten.

haben. Ein Schiedspruch ist nicht gefällt worden. Die Arbeit auf den Fischhändlerwerken geht weiter.

Schwedischer Boykott von russischem Holz.

Stockholm, 3. Oktober. Die Vereining der schwedischen Holzgiganten hat beschlossen, in Zukunft keinerlei Verkäufe von sowjetrussischem Holz mehr zu vermitteln. Die Maßnahme, die zweifellos in dem russischen Holzumpumpen begründet ist, findet in der schwedischen Presse Beachtung.

Aus der Konservativen Volkspartei.

Auf Einladung des Landesverbandes versammelten sich am Sonnabend Vertrauensmänner und Mitarbeiter der Konservativen Volkspartei in Halle. Die zahlreich erschienenen brachten einmütig den ortsansässigen Wägen zu weiterer, zäher Aufproberei zum Ausdruck. Am langwierigen Abend sahen sie die Meinung von Selbstaktivismus und Bemittlung in unserer politischen Leben und die einzige Möglichkeit der Zusammenfassung der staatsfeindlichen Deutschen. Der einmütige Wille trat auch in der Ansprache der weiteren Tagesordnung, die der organisatorischen Kleinarbeit gewidmet war, zutage. Der geschlossene Wille und vor allen Dingen die Bereitschaft der hart betretenden Jugend erweckte die Gewißheit, daß die Arbeit der jugendkonservativen Bewegung erfolgreich vorwärts getragen wird. Mit lebhaftem Beifall und Dank an den Landesverbandsvorstand, Herrn Verlagsleiter Leopold, dem die Vertrauensmänner am Abend 51. Geburtsfestes heraldische Glückwünsche entgegenbrachten, fand die Tagung mit einem frohen Abschied für die Zukunft ihren Abschluß.

Die Ankerhebung der Wirtschaft

wird jetzt von allen Seiten in die Wege geleitet. Handelskammern, Handwerkskammern verbinden mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln Arbeit zu beschaffen und die zum Stillstand gekommenen Betriebe wieder in Gang zu bringen, vor allem dem Unternehmertum neuen Mut und Hoffnung einzuflößen. Vor allem aber sind es die Reichs- und Staatsbetriebe, die das Mittel zur Wiederherstellung eines getriebenen Volkswirtschafts in der Beschaffung von Arbeit für's Volk erblicken. Wir meinen, daß dies auch der einzige richtige Weg ist. Von den Reichsbehörden ist es besonders die Postverwaltung, die der arbeitsetzenden Wirtschaft mit umfangreichen Aufträgen an die Seite kommt. So sind z. B. im

Ober-Post-Direktions-Bezirk Halle a. S.

folgende Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit vorgehender:

- 1) Auf dem Gebiete des Postwesens: Anschaffung von Möbeln, Rechnern, Schreib- und Stempelmaschinen zum Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie von sonstigen Geräten wie Wägen, Tischen, Mappen usw. Diese Arbeiten fallen dem Handwerker und Maschinenindustrie zu.
- 2) Auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugwesens: Anschaffung von Kraftfahrzeugen für Kraftomnibusse des Personenverkehrs, kleineren Kraftfahrzeuge für die Landpostverpackung, Grundsanftfahrzeuge, kleineren Fernverkehrs- und Wagnispostwagen für den Fernverkehr, kleineren Transporter. Die Beschaffung geschieht zum Teil in unserem Bezirk für andere Oberpostdirektionen. Hierdurch erhält die Fahrzeugindustrie Beschäftigung.

3) Auf dem Gebiete des Fernpostwesens kommen umfangreiche Maßnahmen für den Ortsverkehr und für den Fernverkehr in Betracht. Bei den technischen Einrichtungen für den Ortsverkehr handelt es sich um den weiteren Erfolg des Handbetriebs durch den Selbstanschlußbetrieb. Hier eingerichtet ist der Selbstanschlußbetrieb werden in den größeren Orten Bsp. Sangerhausen und Schöneberg, Heiligenborn, Zeitz und Jöbstel. Infolge des Zuganges an neuen Fernprechenschlüssen ist der Selbstanschlußbetrieb in Witterfeld zu erweitern. Hiermit gehen Hand in Hand die Maßnahmen zum Ausbessern der Drähte an die erhöhten Anforderungen des Selbstanschlußbetriebs. Um einen guten Leitungszustand zu sichern, werden oberirdische Anlagen durch Luftleit- und Grabel ersetzt, die Leitungserweiterungen werden und die Anlagen verfeinert. In dem größten Ortsbereich, dem bei Halle, wird die angeordnete Maßnahme rein unterirdische Führung der Anschlußleitungen fortgesetzt. Für die Erweiterung der Kabelanlagen sind neue Zentralkästen in größeren Orten, wie Halle, Weiskirchen und Wittenberg vorsehen. Auch für den Fernverkehr innerhalb des Bezirks und über seine Grenzen hinaus sind umfangreiche Arbeiten geplant und zum Teil bereits im Gange. Es handelt sich hierbei um die Vermehrung der Fernleitungen für die Fernverkehr mit Selbstanschlußbetriebe und Umstellen des Fernverkehrs für diesen Betrieb für demnachst eingerichtete oder für später geplante Selbstanschlußbetriebe. So werden oberirdische Fernleitungen vermehrt und in Kabeln untergebracht werden auf den Strecken Wittenberg-Heiligenborn, Schöneberg-Heiligenborn. Den Betrieb der Fernbetriebe, die nicht nur für den Verkehr unseres Bezirks bestimmt sind, dient die Erweiterung der Fernbetriebe in Witterfeld und Weiskirchen und die Einrichtung des Fernverkehrs in Halle für das Kabel Leipzig-Halle-Magdeburg. Von dem neuen Fernbetriebe Leipzig-Halle-Kassel-Alten wird die Leitlinie Schöneberg-Halle-Sangerhausen-Gerlingen angelegt. - Diese umfangreichen Arbeiten auf dem Gebiete des Fernpostwesens geben der Schwachstromindustrie und der Kabelindustrie sowie auch den Tiefbauunternehmungen Beschäftigung.

4) Auf dem Gebiete des Postwesens sind im Gange: Die Ausführung des Um- und Erweiterungsbaues in Zeitz, wo die Räume nicht mehr ausreichen, weil dort der Selbstanschlußbetrieb eingerichtet wird; ferner Umbauarbeiten zur Einrichtung neuerlicher Schalteranlagen beim Postamt I in Halle (Saale); weiterhin Umbauarbeiten in Leipzig wegen Einrichtung der Zentralheizung, neuerlicher Schalteranlagen und Einrichtung der Landpostverpackung. Angehörigen werden in Höhe der Bauarbeiten zur Einrichtung des Selbstanschlußbetriebs bei den Postämtern in Gerberth, Zeitzungen und Gerberth. Ein großer Vorhaben ist ferner der Neubau eines Postamtes in Blumberg (Saale). Auch dafür sind die Ausschreibungsarbeiten bereits im Gange. Ferner werden vorhandene Stromkraftwerke erweitert, neue eingerichtet. Diese Arbeiten werden der Postindustrie erwünschte Arbeitsmöglichkeiten geben.

Es wird ferner der Wohnungsbau durch Übernahme von Bauarbeiten und Zinszuschüssen in erheblichem Umfang gefördert und neben der Beschaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten zum Verringeren der Arbeitslosigkeit beigetragen werden.

Die erwähnten Anwendungen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit und zur Belebung der Wirtschaft werden sich im ganzen auf über 5 000 000 RM. belaufen.

Ausschneiden! Aufbewahren! Winter-Fabplan der Anstrubahn

Stittig ab 5. Oktober 1930

Rauwburg-Weiten		Weiten-Plauenburg	
4.59	9.12	5.00	10.15
5.32	9.42	5.36	10.45
6.06	10.12	6.10	11.15
6.40	10.42	6.44	11.45
7.14	11.12	7.18	12.15
7.48	11.42	7.52	12.45
8.22	12.12	8.26	13.15
8.56	12.42	9.00	13.45
9.30	13.12	9.34	14.15
10.04	13.42	10.08	14.45
10.38	14.12	10.42	15.15
11.12	14.42	11.16	15.45
11.46	15.12	11.50	16.15
12.20	15.42	12.24	16.45
12.54	16.12	12.58	17.15
13.28	16.42	13.32	17.45
14.02	17.12	14.06	18.15
14.36	17.42	14.40	18.45
15.10	18.12	15.14	19.15
15.44	18.42	15.48	19.45
16.18	19.12	16.22	20.15
16.52	19.42	16.56	20.45
17.26	20.12	17.30	21.15
18.00	20.42	18.04	21.45
18.34	21.12	18.38	22.15
19.08	21.42	19.12	22.45
19.42	22.12	19.46	23.15
20.16	22.42	20.20	23.45
20.50	23.12	20.54	24.15
21.24	23.42	21.28	24.45
22.00	24.12	22.04	25.15
22.34	24.42	22.38	25.45
23.08	25.12	23.12	26.15
23.42	25.42	23.46	26.45
24.16	26.12	24.20	27.15
24.50	26.42	24.54	27.45
25.24	27.12	25.28	28.15
26.00	27.42	26.04	28.45
26.34	28.12	26.38	29.15
27.08	28.42	27.12	29.45
27.42	29.12	27.46	30.15
28.16	29.42	28.20	30.45
28.50	30.12	28.54	31.15
29.24	30.42	29.28	31.45
30.00	31.12	30.04	32.15
30.34	31.42	30.38	32.45
31.08	32.12	31.12	33.15
31.42	32.42	31.46	33.45
32.16	33.12	32.20	34.15
33.00	33.42	33.04	34.45
33.34	34.12	33.38	35.15
34.08	34.42	34.12	35.45
34.42	35.12	34.46	36.15
35.16	35.42	35.20	36.45
36.00	36.12	36.04	37.15
36.34	36.42	36.38	37.45
37.08	37.12	37.12	38.15
37.42	37.42	37.46	38.45
38.16	38.12	38.20	39.15
39.00	38.42	39.04	39.45
39.34	39.12	39.38	40.15
40.08	39.42	40.12	40.45
40.42	40.12	40.46	41.15
41.16	40.42	41.20	41.45
42.00	41.12	42.04	42.15
42.34	41.42	42.38	42.45
43.08	42.12	43.12	43.15
43.42	42.42	43.46	43.45
44.16	43.12	44.20	44.15
45.00	43.42	45.04	44.45
45.34	44.12	45.38	45.15
46.08	44.42	46.12	45.45
46.42	45.12	46.46	46.15
47.16	45.42	47.20	46.45
48.00	46.12	48.04	47.15
48.34	46.42	48.38	47.45
49.08	47.12	49.12	48.15
49.42	47.42	49.46	48.45
50.16	48.12	50.20	49.15
51.00	48.42	51.04	49.45
51.34	49.12	51.38	50.15
52.08	49.42	52.12	50.45
52.42	50.12	52.46	51.15
53.16	50.42	53.20	51.45
54.00	51.12	54.04	52.15
54.34	51.42	54.38	52.45
55.08	52.12	55.12	53.15
55.42	52.42	55.46	53.45
56.16	53.12	56.20	54.15
57.00	53.42	57.04	54.45
57.34	54.12	57.38	55.15
58.08	54.42	58.12	55.45
58.42	55.12	58.46	56.15
59.16	55.42	59.20	56.45
60.00	56.12	60.04	57.15
60.34	56.42	60.38	57.45
61.08	57.12	61.12	58.15
61.42	57.42	61.46	58.45
62.16	58.12	62.20	59.15
63.00	58.42	63.04	59.45
63.34	59.12	63.38	60.15
64.08	59.42	64.12	60.45
64.42	60.12	64.46	61.15
65.16	60.42	65.20	61.45
66.00	61.12	66.04	62.15
66.34	61.42	66.38	62.45
67.08	62.12	67.12	63.15
67.42	62.42	67.46	63.45
68.16	63.12	68.20	64.15
69.00	63.42	69.04	64.45
69.34	64.12	69.38	65.15
70.08	64.42	70.12	65.45
70.42	65.12	70.46	66.15
71.16	65.42	71.20	66.45
72.00	66.12	72.04	67.15
72.34	66.42	72.38	67.45
73.08	67.12	73.12	68.15
73.42	67.42	73.46	68.45
74.16	68.12	74.20	69.15
75.00	68.42	75.04	69.45
75.34	69.12	75.38	70.15
76.08	69.42	76.12	70.45
76.42	70.12	76.46	71.15
77.16	70.42	77.20	71.45
78.00	71.12	78.04	72.15
78.34	71.42	78.38	72.45
79.08	72.12	79.12	73.15
79.42	72.42	79.46	73.45
80.16	73.12	80.20	74.15
81.00	73.42	81.04	74.45
81.34	74.12	81.38	75.15
82.08	74.42	82.12	75.45
82.42	75.12	82.46	76.15
83.16	75.42	83.20	76.45
84.00	76.12	84.04	77.15
84.34	76.42	84.38	77.45
85.08	77.12	85.12	78.15
85.42	77.42	85.46	78.45
86.16	78.12	86.20	79.15
87.00	78.42	87.04	79.45
87.34	79.12	87.38	80.15
88.08	79.42	88.12	80.45
88.42	80.12	88.46	81.15
89.16	80.42	89.20	81.45
90.00	81.12	90.04	82.15
90.34	81.42	90.38	82.45
91.08	82.12	91.12	83.15
91.42	82.42	91.46	83.45
92.16	83.12	92.20	84.15
93.00	83.42	93.04	84.45
93.34	84.12	93.38	85.15
94.08	84.42	94.12	85.45
94.42	85.12	94.46	86.15
95.16	85.42	95.20	86.45
96.00	86.12	96.04	87.15
96.34	86.42	96.38	87.45
97.08	87.12	97.12	88.15
97.42	87.42	97.46	88.45
98.16	88.12	98.20	89.15
99.00	88.42	99.04	89.45
99.34	89.12	99.38	90.15
100.08	89.42	100.12	90.45
100.42	90.12	100.46	91.15
101.16	90.42	101.20	91.45
102.00	91.12	102.04	92.15
102.34	91.42	102.38	92.45
103.08	92.12	103.12	93.15
103.42	92.42	103.46	93.45
104.16	93.12	104.20	94.15
105.00	93.42	105.04	94.45
105.34	94.12	105.38	95.15
106.08	94.42	106.12	95.45
106.42	95.12	106.46	96.15
107.16	95.42	107.20	96.45
108.00	96.12	108.04	97.15
108.34	96.42	108.38	97.45
109.08	97.12	109.12	98.15
109.42	97.42	109.46	98.45
110.16	98.12	110.20	99.15
111.00	98.42	111.04	99.45
111.34	99.12	111.38	100.15
112.08	99.42	112.12	100.45
112.42	100.12	112.46	101.15
113.16	100.42	113.20	1

1 Million 500 Tausend wollen Arbeit!

Trotz der unglücklichen Wirtschaftslage, der bedeutenden Arbeitslosigkeit beschäftigt das deutsche Handwerk in seinen Betrieben nach dem Ergebnis der amtlichen Erhebung noch heute mehr als 1.500.000 Gesellen, zu denen 700.000 Lehrlinge treten. Mit diesen Zahlen wird bewiesen, wie ungeheuer wichtig eine planmäßige Förderung des Handwerksvermögens ist, damit der Arbeitsmarkt nicht eine weitere Belastung erfährt.

Man darf jedoch nicht vergessen, daß viele Gesellen in den Betrieben gehalten werden, nur um ihnen Gelegenheit zu geben, den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu verdienen, obgleich die Betriebe unter Auftragsmangel leiden. Hier zeigt sich die enge und für das Handwerk typische Verbundenheit zwischen dem Betriebsinhaber und seinen Mitarbeiter, die aufeinander Rücksicht nehmen und auch in Krisenzeiten sich nicht verlassen. Dieser schließt sich der Meister selbst ein, als daß er seine eingearbeiteten, mit den Besonderheiten seines Geschäftes vertrauten Gesellen entläßt. Neben der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Tatsache ist auch der soziale und kulturelle Wert eines persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu beachten. Die Angehörigen des Handwerks, Meister, Geselle, Lehrling, wissen genau, daß ihr Schicksal auf der gleichen Linie liegt. Immer deutlicher bildet sich daher die einheitliche Willensrichtung des gesamten Standes heraus.

Das deutsche Handwerk wünscht sich allem, arbeiten zu können, weil es in der Arbeit, der geregelten Tätigkeit die Grundlage von Ruhe und Ordnung, aber auch die Grundlage des einzelnen für sein eigenes Menschtum sieht. Die Arbeit aber wird knapp. Nur mit größter Mühe gelangt es, die Betriebe voll zu unterhalten, dem Fortschritt der Technik zu folgen und die guten Facharbeiter weiter zu beschäftigen. Deshalb wendet sich das Handwerk an die Allgemeinheit und versucht, durch intensive Kleinarbeit die Auftraggeber und das Publikum zu neuen Aufträgen zu bewegen.

Die Sphärischkeit muß an diesen Bestreben Anteil nehmen — nicht weil es sich darum handelt, die Handwerker verdienen zu lassen, sondern weil der Handwerker sich, die sich mit höchster Entschlossenheit durch die schwierigsten Zeiten getrieben hat, neues Leben zugeführt werden muß, weil die Bemühungen, Qualitätsarbeiter zu erhalten, Unterhaltungen verlangen.

Jeder kann sich an der vom Mitteldeutschen Handwerkerbund eingeleiteten Arbeitsbeschaffungsaktion beteiligen. In jedem Haushalt gibt es Arbeiten, deren Vergebung noch zurückgestellt ist, und wenn es Kleinstigkeiten sind.

Jetzt ist es Zeit.

dafür zu sorgen, daß durch Auftragserteilung die Handwerksbetriebe in die Lage versetzt werden, auch über den kommenden Winter hinaus die starke Zahl ihrer Gesellen zu beschäftigen.

Noch in diesen Tagen überlege sich der Haushaltsvorstand, welche längst notwendig gewordenen Arbeiten er beim Metzger, Maler, Schuhmacher, Tischler usw. bestellen will.

Bauernregeln im Oktober.

Der Oktober bringt der Natur das herbstliche Kleid; den Feldern die Beere, dem Wald und Baum die bunten Blätter, den Regen fallenden Laubes. Nebel und Mist begleiten diesen Monat auf seinem Wege, der aus dem Spätsommer und Herbst bereits in den Winter hineinführt, Regen und Sturm und graue Wolken fehlen nicht. Und der Landmann denkt an die Winterarbeit: „Ist die Kräfte nicht mehr weit, wird's zum Ästen wohl Zeit.“ Es heißt auch: „Aber an Laus Roggen freut, es im Jahr darauf nicht bereut.“ Der Vögel lautes Geschwirren, das im Sommer uns erfreute, verstummt östlich. Mit Sanft Hedwig und Sanft Gall schweigt der Vögelin Sang und Schall. „Der Winter ist nahe; Sanft Gallen läßt den Schnee fallen“ und wenn Simon und Judas vorbei, rückt der Winter herbei. Es fehlt nicht an Kropfgeplagen, wie der kommende Winter beschaffen sein möge, der Landwirt hat hierfür seine Anhaltspunkte. Eine Bauernregel besagt: „Wie der Urululat anfängt, so soll der kommende Winter beschaffen sein.“ Eine andere: „Fällt der Baum die Blätter lang, macht ein später Winter hang.“ Wünschenswert ist ein Oktober, der dem Landwirt nach dem Herzen geschieht ist.

Börse und Handel.

Berliner Effektenbörse.

Die Börse setzte zu wenig veränderten Kursen bei sehr stillem Geschäft ein, da wegen des heutigen hohen jüdischen Festes der größte Teil der Börsebesucher ferngeblieben war. Bei der Enge der Märkte rufen schon verhältnismäßig kleine Aufträge größere Kursbewegungen hervor. Der Reichsbankausweis

bestätigte für die Börse keine Ueberraskung; man hätte aber mehr mit einer noch härteren Anspannung gerechnet.

Am Geldmarkt war Tagesgeld mit 5 bis 7 % geliebt. Monatsgeld wurde mit etwa 5 bis 6 % genannt. Bankierliche Wechselmarkt etwa 4,25 %. Am Wechselmarkt blieben die Notierungen bei kleinen Umläufen unverändert 3,87 %.

Devisenbörse. Dollar 4,1955—4,2055, Belgia 58,49—58,61, französische Franken 16,46—16,50, dänische Kronen 112,24—112,46, englische Pfunde 20,883—20,225, Finnische 19,557—19,577, holländische Gulden 169,15—169,49, italienische Lire 21,975—22,015, norwegische Kronen 112,26—112,48, schwedische Kronen 112,26—112,48, österreichische Schilling 39,215—39,325, Schweizer Franken 91,42—91,58, spanische Pieten 49,42—49,50, tschechische Kronen 12,448—12,468.

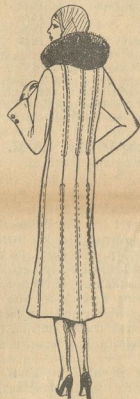
Berliner Produktenbörse.

Die Stimmung an der Produktenbörse war fester. Das Anbietersangebot für Weizen war vorzüglich und besonders für die kommenden Monate höher bewertet als prompte Ware. Roggen war gleichfalls fester, jedoch gemann prompte Ware wenig, mehr der Feimarkt. Das Weizen für Gerste war still; Sauer wurde nur in guten Qualitäten beachtet, sonst vernachlässigt. Weizenmehl hatte ruhiges Geschäft bei wenig veränderten Forderungen.

Notierungen:

Weizen ab märk. Stat.	224—226	Roggenmehl fr. Berlin	7,00—7,25
Roggen do.	149—150	Weizenm. Weisse	—
Bruglerie do.	197—200	Raps	—
Futter- u. Ind.-Gerste do.	171—184	Getreide	—
Safer do.	147—158	Wettererbsen	30,00—34,00
Wais lots Berlin	—	ft. Speiserbsen	—
Wanggr. 30g.	—	Futtererbsen	19,00—21,00
Weizenmehl p. 100	—	Wettererbsen	17,00—18,00
Wettererbsen	—	Widen	20,00—22,00
Waid	—	Wapen, blaue	—
Wapen, blaue	—	Wapen, gelbe	—
Wapen, gelbe	—	Serrabelle, neu	—
Serrabelle, neu	—	Rapsstuden, 38%	9,80—10,10
Rapsstuden, 38%	9,80—10,10	Rapsstuden, 37%	16,50—16,70
Rapsstuden, 37%	16,50—16,70	Trodenbühnig	—
Trodenbühnig	—	Sops-Schrot, 45%	13,20—14,00
Sops-Schrot, 45%	13,20—14,00	Kartoffelstuden	—
Kartoffelstuden	—		

Milchpreise. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für Weizen für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober 18 Pf., für Weizen 10 Pf., für Weizen 12 Pf. Die Milchmenge ist für die Zeit vom 3. bis 9. Oktober auf 95 % des Weizenkontingents der einzelnen Weizenorte festgelegt. Zurzeit beträgt der Höchstpreis für feinstgütige Milch 65 Pf. je Liter, für milderemäßig bearbeitete Milch 175 Pf. je Liter.



Unsere Auswahl in:
Damen-, Backfisch- und Kinder-Mäntel
ist bekannt.
Bedeutender Preisabbau
durchgeführt
Kleiderstoffe
in Wolle
Seide
in gediegenen Qualitäten
Bitte überzeugen Sie sich



Zu abgebaute Preisen verkaufen sämtliche anderen Artikel.
Besonders schöne Auswahl in:
Herren- und Burfchenanzügen
ein- und zweireinig
Ulster, Paletots
Sport-Anzüge, Windjacken
Arbeitshofen, Stoffhofen
Pilot- und Manchesterhofen
Kinder-Anzüge
und
Ulster / Strick-Anzüge

Telefon 270

Täglich Eingang von Neuheiten. — Ansicht gestattet ohne Kaufzwang.

Telefon 270

Geschäftshaus Hermann Land Nachflg. • Roßleben

Beir. Verpachtung von künftigen Cänderen.

Die rd. 40 Morgen großen Cänderen der Stadt hinter den Weidengraben werden ab 1. Oktober 1931 verpachtet. Pachtverpachtung der Cänderen soll am **Samstag, den 4. Oktober d. Js., nachmittags 2 Uhr im Ratschaler** stattfinden. Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.
Nebr., den 1. Oktober 1930.

Der Magistrat. Grinberg.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 5. Oktober, abends 8^{1/2} Uhr:

„Mutter Krauses Fahrt ins Glück!“

Der große Heinrich-Aller-Sim.

Ferner:

„Der Cowboy.“

Es ladet freumblich ein

Borgwardt.

Schafft dem Handwerk Arbeit!

Wie sehen Deine Anzüge von außen und vor allem von innen aus? Prüft Du Dich genieren? Bei Neuanfassung — Maßarbeit!

Wir suchen Vertreter bei hoh. Provis. für unsere anerkannt guten

Futtermittel

(Wolffutterkalt, Fisch-, Fleisch-, Knochen-Kälbermehle, Milch-, Vogelutter u. a.)
Futtermittelfabrik Carl Hermann & Co., Tauscha-Teitzsch.

Miele

Qualitäts-Zentrifugen
Buttermaschinen,
Butterkneifer.



Mielewerke
Aktien-Gesellschaft
Gütersloh/Westfalen
Größte Spezialfabrik Deutschlands

Vöbenburg

Zum Gedankfest
Sonntag, den 5. Oktober,
von nachm. 3 Uhr an

B.A.L.L.

Es ladet freumblich ein

Wirthmann.

Praxis verlegt nach Wilhelmplatz 16

(Neben Hotel „Zur Weintraube“)
Sprechstunden von 9—5 Uhr
Behandlung v. Krankenkassenmitgliedern
Telefon 320 **E. Körlin, Rosslieben** Telefon 320
staatl. gepr. Dentist

Spare mündelischer Stadt-Sparkasse Webra.

Nebrauer Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Kösteben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kösteben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Kösteben Nr. 221. — Postkontoto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Metallblech 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artens.

Nr 118

Sonnabend, den 4. Oktober 1930

43. Jahrgang

Die Fertigstellung des Reichshaushalts

Berlin, 2. Oktober.
Die sachlichen Arbeiten zur Fertigstellung des Reichshaushalts sind so weit fortgeschritten, daß damit gerechnet werden kann, den Etat für 1930 in etwa vierzehn Tagen vom Reichskabinett verabschieden zu lassen. Der Reichshaushalt wird dann sofort dem Reichstag zugewendet werden, der für seine Beratungen etwa vier Wochen Zeit braucht. Infolge dessen ist anzunehmen, daß der Etat in der zweiten Novemberhälfte dem Reichstag vorliegen wird. In Verbindung mit dem Reichshaushalt stehen rund ein Dutzend Gesetzentwürfe, die durch das Finanzprogramm der Reichsregierung notwendig sind.

Davon müssen einzelne Gesetze ganz neu aufgestellt werden, wie das Gesetz über den Ausgabenetat und über die verstärkten Haushaltskontrollen bei Städten und Gemeinden. Andere Gesetzesentwürfe stellen Veränderungen bestehender Gesetze dar, u. a. eine Veränderung des Beamtenbesoldungsgesetzes, das Gesetz über die Vermögens- und Einkommensbesteuerung. Weiter ist notwendig eine Veränderung des Umsatzsteuergesetzes. Das Steuererleichterungsgesetz liegt ja bereits dem Reichstago vor. Notwendige Änderungswünsche der Regierung können während der Beratung selbst berücksichtigt werden.

In politischen Kreisen wird noch erörtert, ob die Regierung im Reichstago eine Ansprache und Beratung über die Notverordnungen zuzulassen wird. Es ist zwar von Regierungseite eindeutig erklärt worden, daß eine Beratung der Notverordnung nicht in Frage kommt, doch ist es immerhin möglich, daß einzelne Schönheitsfehler beseitigt werden können. Jedenfalls scheint in Regierungskreisen der Gedanke zu bestehen, eine Beratung der Notverordnungen im Reichstago zuzulassen, wenn die Mehrheit vorhanden ist, daß sich für die Umwandlungen der Notverordnungen in Gesetze eine Mehrheit findet.

Die Reformpläne der Reichsregierung

Eine Rundfunkrede Dr. Dietrichs.
Berlin, 3. Oktober.
Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dr. Dietrich sprach im Rundfunk über den Wirtschaftss- und Finanzplan. Dr. Dietrich wandte sich zunächst gegen den Vorwurf, daß die Reichsregierung zu lange mit der Herausgabe ihrer Pläne geögert habe.

Die Ausgaben des Haushaltes für 1931 seien um eine Milliarde gekürzt.

Es wird mit einer Steigerung der Arbeitslosenfrage gerechnet, deren Höhepunkt im Februar mit 2,6 Millionen Hauptunterstützungsempfänger erreicht werden könnte, während die Spitzenunterstützung dann bereits 800 000 Köpfe umfassen würde.

Der Plan sei aufgestellt in der Annahme, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise bis zum April 1932 anhalten werde. Auf dieser Annahme seien auch die Steuerföhrungen aufgestellt.

Die grundlegende Idee des Planes der Regierung gehe davon aus, daß eine Minderung der Arbeitslosigkeit nur durch Belebung der Wirtschaft möglich sei.

Ein besonders wichtiges und interessantes Kapitel sei die Frage der Vereinfachung des Steuerwesens.

Die Landwirte sollten eine Einkommensteuer anstelle der Einkommen-, Vermögens- und Grundvermögenssteuern; die Kleinrentner sollten eine nach Klassen abgestufte Einkommensteuer. Die kleineren Vermögen bis 20 000 Mark würden künftighin vermögenssteuerfrei und damit die Zahl der Vermögenssteuerpflichtigen, die zurzeit 1 708 000 sei, auf die Hälfte, nämlich 854 000, reduziert.

Zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft

wurde der Anstoß dadurch gegeben, daß sich in steigendem Maße herausstellte, daß die neuen Drei- und Vierzimmerwohnungen schwer zu vermieten sind und daß es darauf ankomme, Zwei- und Einzimmerwohnungen zu bauen. Es sei vorgezogen, den öffentlichen Wohnungsbau in steigendem Maße durch den privaten zu ersetzen.

Zum Schluß seiner Ausführungen sprach der Minister über die Ursachen, die den Zusammenbruch aller Preise der Rohstoffe und landwirtschaftlichen Produkte bewirkten. Hierauf wies er nicht nur die Wirtschaftspolitik, sondern auch die Ausgabenpolitik von Reich, Ländern und Gemeinden eingestellt werden.

Wir seien in den vergangenen Jahren getäuscht worden durch den Zustrom ausländischen Kapitals auf dem Anleihe- und Aktien- und anderen Verhältnissen, das, das deutsche Volk habe in den vergangenen 16 Jahren aber 10 Milliarden geteilt, das man ihm zurückzahlen dürfe, es werde auch die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwinden. Zeit und Mittel seien vorhanden. Die Regierung habe den Weg gezeigt. Es sei am deutschen Volke, diesen Weg zu gehen.

B. V. D. fordert Kampf gegen den Reichstag.

München, 3. Oktober.
Zum Sanierungsprogramm der Reichsregierung äußert sich in einer parteiunabhängigen Ausspruch die Bayerische

Volkspartei entsprechend dahin, daß es angesichts der kritischen Gesamtlage in Deutschland geradezu als eine vaterländische Pflicht der Reichsregierung bezeichnet werden müsse, als eine handelnde Regierung auf ihrem Posten auszuhalten und den Kampf mit dem Parlament aufzunehmen. Für die Bayerische Volkspartei könne es keine andere Entscheidung geben, als hinter die Regierung Brüning zu treten.

Brünings Verhandlungen.

Die Zusage Preußens.
Berlin, 2. Oktober.

Zu dem Empfang des Reichszanzlers beim Reichspräsidenten verläutet von unterrichteter Seite, daß der Reichspräsident nach dem Vortrag Dr. Brünings die Absichten des Reichszanzlers in vollem Umfang begünstigt hat. Sicherem Vernehmen nach hat auch Dr. Brüning sich in seinem Vortrag nicht nur darauf beschränkt, die Grundzüge des Wirtschafts- und Finanzplanes zu entwickeln, sondern er hat auch seine politischen Absichten zur Verwirklichung dieses Programms dargelegt.

Die Unterredung zwischen dem Reichszkanzler und dem preußischen Ministerpräsidenten hat, ohne daß er zu dem Gesamtplan Einwendungen erhoben hätte, rasch man in der Reichskanzlei mit der Unterfertigung des Reichshaushalts zugestimmt hat. Nachdem der preußische Finanzminister Dr. Höpfer-Bischoff ständig an den Beratungen des Reichskabinetts teilgenommen hat, ohne daß er zu dem Gesamtplan Einwendungen erhoben hätte, rasch man in der Reichskanzlei mit der Unterfertigung des Reichshaushalts zugestimmt hat.

Ueber die weitere Behandlung des Gesamtplanes sind noch keine näheren Dispositionen getroffen worden. Eine Sitzung des Reichskabinetts, die am Mittwoch hätte stattfinden sollen, um die parlamentarischen Gesichtspunkte zu überprüfen, ist nicht einberufen worden. Man nimmt an, daß der Kanzler im Laufe der nächsten Tage Verhandlungen mit den Führern aller in Betracht kommenden Parteien aufnehmen wird. Eine Unterredung, die er mit den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller-Franke und Wels, gehabt hat, ist durchaus offizieller Natur gewesen und hat lediglich zur Unterrichtung der beiden sozialdemokratischen Führer gedient. Der erste offizielle Empfang der SPD-Vertreter ist für Donnerstag vorgezogen. Von dem Reichszkanzler anlässlich der hiesigen Zusammenkunft Dr. Fricke und Reichsanwalt Dr. Frank auserschen worden sein.

Parteiführer beim Kanzler.

Brünings Besprechungen werden fortgesetzt.

Berlin, 3. Oktober.

Reichszkanzler Dr. Brüning empfing zunächst als Vertreter der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes Reichsminister Dr. Bredt und Reichsstaatsangeordneter Drewh. Dem folgte eine Unterredung mit den Vorhändlern der Sozialdemokratischen Partei, Reichsstaatsangeordneter Wels und Müller.

Anschließend daran empfing der Reichszkanzler im Beisein des Reichsministers des Schatzes, des Abgeordneten Graf Westarp und von Kleinere, die Mitglieder des Reichszkongresses, die den nächsten Unterrichtung über den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung und der Ansprache über die politische Lage. Es folgten der Empfang von Vertretern der Landvolkpartei und der Deutschen Staatspartei. Eine Besprechung mit dem Vorhändler der Deutschen Volkspartei, Reichsstaatsangeordneter Dr. Scholz, der verhindert war, findet erst später statt.

Weltschmerz des Regierungsprogramms

Allgemein anerkennende Aufnahme.

In Paris:

Das Finanzprogramm der Regierung Brüning findet in der Pariser Presse nur sehr verneint Beachtung. Obgleich seit Dienstagabend in Paris bekannt, hatten die Mittwoch-Abendblätter noch keinerlei Stellung dazu genommen, und auch die Donnerstag-Grüßungen widmen ihm nur wenige Zeilen.

In denen sie jedoch weniger den Wert des Programms behandeln, als den Anfeindungen Brünings, der letzten finanziellen Lage des Reiches gerecht zu werden, ist Anerkennung zollen.

Das „Journal“ betont, man sei zu der Feststellung gezwungen, daß Brüning beabsichtige Anstrengungen mache, um Ordnung in die Finanzen zu bringen und daß er hierzu das einzig mögliche Mittel anwende, nämlich Einschränkung der Ausgaben. Der Sonderbeilage des Blattes weist im übrigen darauf hin, daß Reichspräsident Dr. Luther demnächst nach Paris reisen werde, um erstens mit dem neuen Präsidenten der Bank von Frankreich zusammenzutreffen, zum anderen aber auch, um mit einem Pariser Bankentourismus die Möglichkeit einer Anleihe zu besprechen. In der Höhe von 100 Millionen Mark zu fast gleichen Teilen in Neuzug, London und Paris aufgenommen werden soll. Der „Recht“ spricht von einer verzeihlichen Energie, mit der der Reichszkanzler die Finanzlage bessern wolle, weil die Notwendigkeit ihn dazu

zwingt und weil Deutschland neue Anleihen benötige. Das Blatt fügt ironisch hinzu, daß in Deutschland alles stets mit einer Anleihe ende. Der „Matin“ unterstreicht, das neue Programm stelle ein Ganzes dar. Es sei unmöglich, irgendwelche Änderungen daran vorzunehmen, ohne Gefahr zu laufen, daß es zusammenbräche. Das Blatt fügt hinzu, daß es für die angrenzlichen in der Regierung vertretenen Parteien gefährlich wäre, wenn sie sich in die Opposition stellen und Änderungen verlangen.

In London:

Die „Times“ ist der Ansicht, daß die neuen Vorschläge in großen und ganzen betrachtet eine verständliche und ermutigende Grundlage für die kommenden politischen Verhandlungen bilden.

In Neuzug:

Das Reformprogramm der Reichsregierung wird hier stark gerühmt. „New York Times“ ist der Auffassung, daß die Sozialdemokraten im Interesse einer Erhaltung der Republik große Zugeständnisse machen müßten. Die Gerichte über eine bevorstehende Diktatur in Deutschland seien wohl übertrieben, da die Parteiführer zum Nachgeben gezwungen werden dürften. Schließlich komme eine Beurteilung des Reichstages auf unbestimmte Zeit, der Sündenberg selbst keine Zustimmung gegeben habe, einem Staatsstreik gleich.

Der Ueberbrückungskredit.

Falsche Angaben über seine Höhe.

Berlin, 3. Oktober.

Die in der Presse des In- und besonders auch des Auslandes umlaufenden Nachrichten, die den geplanten Ueberbrückungskredit auf 1200 Millionen beziffern, beruhen auf völlig unzuverlässiger Auffassung der tatsächlichen Verhältnisse.

Anschließend geben die Nachrichten auf die Mitteilungen des Reichsfinanzministers über die Höhe der künftigen Schuld am Ende dieses Finanzjahres zurück. Reichsfinanzminister Dr. Dietrich bezifferte diese künftige Schuld auf 1260 Millionen, in der auch eine Anleihe von mehreren hundert Millionen enthalten sei. Die Gesamtsumme von 1260 Millionen soll, wie bereits mitgeteilt, in drei Tranchen von je 420 Millionen im Laufe von drei Jahren getilgt werden.

Die neue Regierung in Braunschweig.

Dr. Küdenhof und Dr. Franke zum Landtag gewählt.

Braunschweig, 2. Oktober.

In der Sitzung des braunschweigischen Landtags wurden für den Kandidaten der bürgerlichen Einheitsliste, Ober-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-

landtagspräsidenten, den bis-